

# Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

3. November, Leipzig, Marriott Hotel



## Beschluss:

### Verhältnis von Staat und Kirche reformieren – gesellschaftlichen Diskurs beginnen

Wir GRÜNE engagieren uns aus den unterschiedlichsten Gründen für Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Umwelt, Gleichstellung der Geschlechter und für eine kinderfreundliche und barrierefreie Gesellschaft ohne Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Der christliche Glaube ist einer davon. Die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind häufig unsere Verbündeten z.B. im Engagement gegen Armut, gegen Umweltzerstörung und für eine gerechtere Welt.

Auch in der Vergangenheit, unter der staatssozialistischen, undemokratischen Diktatur der DDR, spielten Kirchen eine wichtige Rolle als Orte des Widerstands. Menschen mit religiösen Anschauungen wurden oftmals zu Opfern der ideologie- getriebenen Unterdrückung des "Arbeiter - und Bauernstaates", der eine freie Religionsausübung massiv behinderte und bestrafte.

An vielen Stellen waren christliche Werte die treibende Kraft hinter dem Streben nach demokratischen Freiräumen und Menschenrechten. Seit Mitte der 80-er Jahre haben die kirchlichen Umwelt- und Bürger\_innenrechtsgruppen in den Kirchen der DDR mit dem Prozess „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ einen wichtigen Anstoß für die gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR gegeben. Dieses Engagement ist bis heute spürbar, da viele der damaligen Akteur\_innen heute Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind.

Dieses Engagement religiöser Gemeinden und Einzelpersonen erkennen wir ebenso an, wie das erfahrene Unrecht. Wir schätzen Religionsfreiheit als eine zentrale Errungenschaft eines demokratischen, pluralistischen Rechtsstaates. Dazu gehört, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche immer wieder kritisch zu überprüfen und – so notwendig – auch zu reformieren. Dieses Ziel teilt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit vielen Menschen in den Kirchen und gesellschaftlichen Organisationen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen wollen daher Raum für eine breite öffentliche Debatte geben.

Eine demokratische pluralistische Gesellschaft ist grundsätzlich offen für öffentliche Diskussionsprozesse. Einen solchen wollen wir in Sachsen zum gegenwärtig praktizierten Verhältnis von Staat und Kirche und zur Rolle der Kirchen als Körperschaften öffentliche Rechts beginnen. Die dabei zu hinterfragenden Anliegen umfassen eine breite Palette von Themen, die keine einfache und schnelle Beschlussfassung zulassen und die Einbeziehung von Expert\_innen – Wissen empfehlen. Zudem befassen sich Institutionen der Gesellschaft, der Kirchen, Diakonie, Caritas etc. sowie

-----

Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf nationaler Ebene ( BAG Christ\_innen, BDK, BTF) seit langem mit den verschiedenen Aspekten der Diskussion. Diese betreffen insbesondere:

### **Religion und Bildung**

- Konfessioneller Religionsunterricht/Interreligiöser Unterricht
- Wahl/Pflichtfach Ethik – Entscheidungsmöglichkeiten
- Freiheit bei religiösen Handlungen

### **Finanzen/Steuern/Gebühren** (Staatsverträge mit evangelischer und katholischer Kirche)

- Kirchensteuereinzug
- Austrittsgebühr
- Staatliche Liegenschaften mit kirchlicher Nutzung
- Zuschüsse und Subventionen
- Seelsorge (Militär-, Krankenhaus- und Gefängnis)

### **Rechtliche Regelungen**

- Kriterien für die Gleichbehandlung von Weltanschauungsfragen
- Neufassung des Gleichbehandlungsgebotes in der sächsischen Verfassung (sexuelle Orientierung sowie Geschlechtsidentität) und die Auswirkungen auf die Religionsgemeinschaften

### **Kirchen als Arbeitgeber\_innen**

- Sonderbehandlung im Arbeitsrecht bzgl. Diskriminierungsverbot
- (Arbeitnehmerrechte, Streikrecht, "Dritter Weg")

### **Einzelrechte**

- Bestattungsrecht
- Friedhofsrecht

### **Säkularismus im Sozialstaat**

### **Aufhebung der Tanzverbotsregelung**

In Vorbereitung einer Positionierung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Sachsen zu den einzelnen Themen wird der zu beginnende Diskussionsprozess parteiintern und unter Einbeziehung externen Sachverständs und Anhörung verschiedener Bündnispartner und Interessengruppen im öffentlichen Dialog geführt. Er beginnt mit einem erneuten Treffen mit der GRÜNEN Jugend Sachsen und

38. Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 3. November 2012 in Leipzig  
Beschluss: Verhältnis von Staat und Kirche reformieren – gesellschaftlichen Diskurs beginnen

-----

den Landesarbeitsgemeinschaften Christ\_innen bei den GRÜNEN sowie Demokratie und Recht. Bei dieser Sitzung wird die Weiterbearbeitung der einzelnen Themen in verschiedenen Arbeitsgruppen besprochen, Verantwortliche für das jeweilige Thema benannt sowie die zeitliche Abfolge verabredet. Ziel ist eine abschließende Diskussion auf einer der nächsten LDK's mit Beschlussfassung.